



LAND

OBERÖSTERREICH

Prüfungsbericht

der Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn
über die Einschau in die Gebarung

der Gemeinde

Mining



Impressum

Herausgeber:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Linz, November 13

Die Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn hat in der Zeit vom 22. April 2013 bis 09. Juli 2013 durch eine Prüferin (mit Unterbrechungen, 22 Prüfungstage) gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 Oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Gemeinde Mining vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2010 bis 2012 und der Voranschlag für das Jahr 2013 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Gemeinde und beinhaltet Feststellungen in Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Gemeinde umzusetzen.

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	6
Wirtschaftliche Situation	6
Personal.....	7
Öffentliche Einrichtungen.....	7
Weitere wesentliche Feststellungen	7
Außerordentlicher Haushalt	7
Detailbericht	9
Die Gemeinde	9
Wirtschaftliche Situation	11
Haushaltsentwicklung	11
Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt	12
Mittelfristiger Finanzplan	13
Mittelfristiger Finanzplan	13
Finanzausstattung	14
Fremdfinanzierungen	18
Darlehen.....	18
Kassenkredit	19
Leasing	19
Haftungen	19
Rücklagen	20
Beteiligungen	20
Personal	21
Dienstpostenplan	22
Allgemeine Verwaltung.....	22
Kindergarten.....	23
Aus- und Fortbildung.....	23
Geschäftsverteilungsplan - Aufgabenbeschreibung	23
Zielvereinbarungsgespräch.....	23
Bürgerservice	24
Bezugsverrechnung.....	24
Öffentliche Einrichtungen	25
Abwasserbeseitigung	25
Gebühren.....	25
Gebührenkalkulation	26
Verwaltungskostentangente	26
Abfallbeseitigung	27

Badesee	28
Kindergarten.....	29
Ausgegliederte Unternehmungen	31
Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Mining & Co KG	31
Miete.....	31
Darlehen	31
Gemeindevertretung.....	33
Ausschüsse.....	33
Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben	34
Weitere wesentliche Feststellungen	35
Wohn- und Geschäftsgebäude.....	35
Feuerwehrwesen.....	36
Förderungen und freiwillige Ausgaben	36
Versicherungen	37
Bauhof	37
Außerordentlicher Haushalt	38
Überblick über den außerordentlichen Haushalt des Finanzjahres 2012.....	38
Dachsanierung bei der Turnhalle der Volksschule Mining	38
Sanierung und Erneuerung von Gemeindestraßen und Straßenbeleuchtung 2011 - 2015.....	39
Schlösserwegbegleitprogramm für die Landesausstellung 2012.....	39
EU-Natur und Kulturprojekt am Europareservat Unterer Inn	40
Schlussbemerkung.....	41

Kurzfassung

Wirtschaftliche Situation

Die Gemeinde Mining ist eine der Gemeinden im Bezirk Braunau am Inn, welche den ordentlichen Haushalt ausgleichen kann. Es gelingt ihr dabei auch, allgemeine Anteilsbeträge aus Mitteln des ordentlichen Haushaltes für Ausgaben im außerordentlichen Haushalt zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2012 kam es zu einem geringen Überschuss in der Höhe von 341 Euro.

Mittelfristige Finanzplanung

Die freie Budgetspitze für das Finanzjahr 2013 war mit -24.400 Euro negativ angesetzt. Der Negativbetrag soll sich verringern und wird im Jahr 2017 schließlich mit einem Negativbetrag von -100 Euro prognostiziert. Die Einnahmen der laufenden Gebarung werden in den Planjahren 2013 bis 2017 voraussichtlich durchschnittlich rund 1.680.400 Euro betragen. Die Ausgaben der laufenden Gebarung werden sich laut Mittelfristigem Finanzplan von 1.693.000 Euro im Jahr 2013 auf 1.670.500 Euro im Jahr 2017 verringern. Das ergibt, dass das Ergebnis der laufenden Gebarung während des gesamten Zeitraumes positiv bleiben wird.

Im Investitionsplan der nächsten Jahre sind Investitionsausgaben in der Höhe von rund 555.100 Euro vorgesehen. Diese Ausgaben sind hauptsächlich auf die Sanierung der Gemeindestraßen und Straßenbeleuchtung und das Schlösserweg-Begleitprogramm-Landesausstellung 2012 zurückzuführen. Um eine fundierte Planung für die jeweils kommenden Finanzjahre zu gewährleisten, wird der Erstellung des mittelfristigen Finanzplanes in Zukunft weiterhin ein großes Augenmerk zu widmen sein.

Finanzausstattung

Die Gemeinde ist einerseits zu großen Teilen von den Ertragsanteilen abhängig, andererseits spielen jedoch auch die Einnahmen aus den gemeindeeigenen Steuern eine bedeutende Rolle. Aus Strukturhilfemitteln und Finanzausweisungen nach § 21 FAG erhielt die Gemeinde im Jahr 2012 Einnahmen in der Höhe von rund 57.829 Euro. Die Erträge der gemeindeeigenen Abgaben blieben im Beobachtungszeitraum relativ konstant. Die Ertragsanteile verzeichneten einen leichten Anstieg. Die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben betragen im Jahr 2012 rund 15 % der Steuerkraft.

Generell ist das Aufkommen aus den gemeindeeigenen Steuern und Abgaben bezogen auf die Gemeindegröße als gut zu bezeichnen.

Fremdfinanzierung

Die Belastung des Budgets aus Darlehensverbindlichkeiten betrug im Finanzjahr 2012 rund 47.897 Euro. Gemessen an den ordentlichen Jahreseinnahmen betrug die Nettobelastung aus den Darlehensverpflichtungen 2,5 % bzw. 39 Euro je Einwohner. Dies stellt einen vergleichsweise durchschnittlichen Wert dar.

Im Bereich der Pro-Kopf-Verschuldung (2.687 Euro) nahm die Gemeinde unter Heranziehung der Ergebnisse 2011 sowohl im landesweiten Vergleich (444 Gemeinden) als auch in jenem mit den 46 Gemeinden des Bezirkes Braunau am Inn den 129. bzw. 9. Rang ein. Mit dieser Pro-Kopf-Verschuldung liegt die Gemeinde weit über dem landesweiten Durchschnittswert von 1.990 Euro bzw. über dem Bezirksdurchschnitt (1.739 Euro). Im Jahr 2012 kam es zu Darlehensaufnahmen in der Höhe von insgesamt 686.900 Euro für die Landesausstellung 2012, den Kanalbau und den Grundankauf von der ÖBB.

Rücklagen

Am Ende des Finanzjahres 2012 verfügte die Gemeinde Mining über Rücklagen von insgesamt rund 92.670 Euro. Rund die Hälfte der Rücklagen fällt auf zweckgebundene Mittel. Die vorhandenen Rücklagen werden bei Bedarf zur Zwischenfinanzierung des außerordentlichen Haushaltes herangezogen.

Personal

Der Aufwand für Personal inklusive Pensionen belief sich im Jahr 2012 auf 497.059 Euro. Dies entspricht 26,47 % der Jahreseinnahmen im ordentlichen Haushalt von rund 1.877.517 Euro.

Die allgemeine Verwaltung der Gemeinde ist derzeit mit insgesamt zwei vollzeit- und zwei teilzeitbeschäftigten Bediensteten besetzt. Der Personalstand in der Verwaltung ist mit insgesamt 2,88 Personaleinheiten als angemessen zu bezeichnen. Dies entspricht einer Ausschöpfung des Dienstpostenplanes von 72 %.

Öffentliche Einrichtungen

Der Betrieb der Abwasserbeseitigung verzeichnete gute Betriebsergebnisse, in den meisten Jahren wurden deutliche Betriebsüberschüsse erzielt. Die Gebührensatzung entspricht den Landesvorgaben.

Im Bereich der Abfallbeseitigung wurden die Gebühren jeweils in einer solchen Höhe angesetzt, dass damit das Auslangen gefunden werden konnte, bzw. jährlich Betriebsüberschüsse erwirtschaftet wurden, die einer Rücklage zugeführt wurden.

Umgekehrt verursacht der Kindergartenbetrieb ständig Betriebsabgänge. Der zweigruppige Kindergarten der Gemeinde wird als alterserweiterter halbtägiger Kindergarten ohne Mittagsbetrieb geführt. Der Betriebsabgang im Jahr 2012 (ohne Transport) lag bei 90.479 Euro. Bei einer Besucherzahl von durchschnittlich 41 Kindern wurde somit jedes Kind mit rund 2.206 Euro bezuschusst. Damit liegt die Abgangsdeckung der Gemeinde über den Beträgen vergleichbarer Gemeinden.

Weitere wesentliche Feststellungen

Der Prüfungsausschuss hat nicht nur anhand der Rechnungsabschlüsse, sondern darüber hinaus auch im Laufe des Haushaltsjahres, und zwar wenigstens vierteljährlich eine Gebarungsprüfung vorzunehmen. Es sind jährlich mindestens fünf Sitzungen erforderlich.

Weiters empfehlen wir der Gemeinde eine Intensivierung der Ausschusstätigkeiten, da Ausschüsse zur Vorbereitung schwieriger Punkte für Gemeinderatssitzungen einen wertvollen Beitrag leisten und die Sitzungen dadurch entsprechend abgekürzt werden können.

Außerordentlicher Haushalt

Zur Abwicklung des Vorhabens "Neubau eines Bauhofgebäudes sowie einer FF-Boots-Einstellgarage" hat die Gemeinde eine "gemeindeeigene" Kommanditgesellschaft (KG) gegründet. Zum Prüfungszeitpunkt war das Vorhaben bereits abgeschlossen und die genehmigten Gesamtkosten konnten sogar aufgrund der Eigenleistungen der Bauhoffacharbeiter reduziert werden.

Der Investitionsschwerpunkt lag im Zeitraum seit der letzten Gebarungsprüfung in der Errichtung des Bauhofes. Hierfür wurden seit der letzten Gebarungseinschau rund 22 % des

gesamten Ausgabevolumens von rund 818.000 Euro ausgegeben. Weitere wesentliche Projekte waren das "Schlosserwegbegleitprogramm für die Landesausstellung 2012" sowie das "EU-Natur und Kulturprojekt am Europareservat Unterer Inn".

Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgte weitgehend im Rahmen der Finanzierungspläne bzw. der finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde. Die zum Prüfungszeitpunkt bestehenden Fehlbeträge im außerordentlichen Haushalt werden mit in Aussicht gestellten Förderungsmitteln bedeckt.

Detailbericht

Die Gemeinde

Die Gemeinde Mining hat derzeit 1.230 Einwohner¹, von denen 68 Personen mit einem Zweitwohnsitz registriert sind und ist eine von 46 Gemeinden des Bezirkes Braunau am Inn. Umgerechnet auf die Gesamtfläche der Gemeinde von rund 16,6 km² entspricht das etwa einer Bevölkerungsdichte von 70 Einwohnern pro km². Das Gemeindegebiet setzt sich aus drei Katastralgemeinden zusammen (KG Mining, KG Gundholling und KG Amberg). Im Gemeindegebiet gibt es 11 Ortschaften. Rund 64 % der Gesamtfläche werden landwirtschaftlich genutzt, 20 % sind Waldgebiet und 16 % umfassen Bauflächen, Gärten, Gewässer und sonstige Flächen.

Die Gemeinde ist eine landwirtschaftlich geprägte Wohngemeinde mit wenigen Kleinbetrieben und liegt am Unteren Inn im Nordosten des Bezirkes Braunau am Inn. Die Gemeinde wird auch als drei Schössergemeinde bezeichnet, da sich im Gemeindegebiet die drei Schlösser Mamling, Sunzing und Frauenstein befinden. In der Zeit zwischen den Volkszählungen 2001 und 2009 stieg die Einwohnerzahl um rund drei %; bis zur Gemeinderatswahl im Jahr 2009 stieg sie um weitere rund drei %. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde in den letzten Jahren große Flächen für den privaten Wohnbau zu kostengünstigen Preisen zur Verfügung gestellt hat. Außerdem konnte die Attraktivität der Gemeinde Mining als Wohngemeinde durch ihre gute Infrastruktur verbessert werden.

Durch ein Projekt der Gemeinde will die Gemeinde Mining energieautark werden, dies bedeutet, dass so viel Energie erzeugt werden soll, wie verbraucht wird. Es wurden bereits beim Bauhof und der Volksschule Photovoltaikanlagen errichtet. Die Gemeinde schreibt die Gemeindebürger an und empfiehlt auf Solar- oder Photovoltaikanlagen umzustellen um Energie zu sparen.

Derzeit gibt es bei der Gemeinde Mining neben der gesetzlich verpflichtenden Mitgliedschaft an den Gemeindeverbänden Sozialhilfe-, Bezirksabfall- und Reinhalteverband auch Mitgliedschaften beim Verein Leader "Innviertel – vom Inn bis zum Kobernauerwald", Tourismusverband S'Innviertel, Regionaler Wirtschaftsverband, "INN-Euregio", Wegeerhaltungsverband Alpenvorland, Sanitätsgemeindeverband Weng-Mining sowie beim "Wasserverband Ache" dessen Zweck der Hochwasserschutz, die Instandhaltung und Pflege der Gewässerstrecken ist.

Der im Jahr 2009 gewählte Gemeinderat setzt sich aus 13 Mandataren der ÖVP-Fraktion, 4 Mandataren der SPÖ-Fraktion und 2 Mandataren der FPÖ-Fraktion zusammen. Im Gemeindevorstand sind 4 Funktionäre der ÖVP- und ein Funktionär der SPÖ-Fraktion vertreten. Der direkt gewählte Bürgermeister gehört der ÖVP-Fraktion an, der Vizebürgermeister gehört ebenfalls der ÖVP-Fraktion an.

¹Stichtag Ende Mai 2013; 1.162 Hauptwohnsitze;
Gemeinderatswahl 2003: 1.201 Einwohner;
Gemeinderatswahl 2009: 1.230 Einwohner.

Volkszählung 2001: 1.166 Einwohner;
Volkszählung 2009: 1.197 Einwohner

Die größten, in den letzten Jahren realisierten oder in Bau befindliche Vorhaben waren:

- Schlösserweg Begleitprogramm – Landesausstellung 2012
- EU-Natur und Kultur am Europareservat Unterer Inn
- Gemeindestraßen und Straßenbeleuchtung 2011 – 2015
- Bauhoferrichtung durch KG
- Abwasserbeseitigung BA 06

Schwerpunkt der Zielsetzung in der Planungsperiode 2013 bis 2017 sind:

- Sanierung des Turnhallendaches
- Sanierung von Volksschule und Turnhalle
- Schlösserweg Programm Landesausstellung 2012
- EU-Natur und Kultur am Europareservat Unterer Inn
- Gemeindestraßen und Straßenbeleuchtung 2011 bis 2015
- Bauhoferrichtung durch KG
- Löschwasserbehälter Bauhof KG
- Abwasserbeseitigung BA 06

Wirtschaftliche Situation

Haushaltsentwicklung

Die laufenden Haushaltsergebnisse der vergangenen drei Jahre, die die Abwicklung von Überschüssen und Abgängen aus Vorjahren nicht berücksichtigen, bewegten sich bei den jährlichen Gesamteinnahmen und –ausgaben bei durchschnittlich rund 1,8 Mio. Euro. Damit konnten in den Jahren 2010 und 2012 Überschüsse erzielt werden, nur im Jahr 2011 kam es zu einem Abgang. Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 2013 fallen mit je 1.859.400 Euro ausgeglichen aus.

Das Gesamthaushaltsvolumen stieg in den letzten Jahren um rund 3,4 % auf 1.877.517 Euro und wird sich laut Voranschlag 2013 um rund 1 % auf 1.859.400 Euro verringern. Den bisherigen Trend in Betracht ziehend, ist zu erwarten, dass die Gesamteinnahmen und -ausgaben des Jahres 2013 vermutlich etwas höher als veranschlagt ausfallen werden.

Betrachtet man die Jahresergebnisse des gesamten Prüfungszeitraumes unter Einbeziehung der Ergebnisse der Vorjahre, zeigt sich, dass die Ergebnisse des ordentlichen Haushalts der Gemeinde Mining in den Jahren 2010 bis 2012 positiv ausfielen:

	Überschuss
Rechnungsabschluss 2010	€ 2.450
Rechnungsabschluss 2011	€ 1.011
Rechnungsabschluss 2012	€ 1.352

Im Jahr 2012 kam es zu einem Gesamt-Soll-Überschuss in der Höhe von 1.352 Euro. Der Gemeinde kann eine sparsame und wirtschaftliche Gebarungsführung bescheinigt werden und sie hat ihre Ausgabenpolitik dem Leistungsvermögen entsprechend angepasst. Bei den Ertragsanteilen konnte in den Jahren 2010 bis 2012 ein kontinuierlicher Anstieg verzeichnet werden. Im Jahr 2010 betragen die Ertragsanteile 740.630 Euro und stiegen um rund 16 % auf 860.472 Euro im Jahr 2012. Für das Jahr 2013 wurden die Ertragsanteile mit 876.100 Euro prognostiziert.

Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt

Dem außerordentlichen Haushalt konnten im Prüfungszeitraum 2010 bis 2012 Mittel in einer Gesamthöhe von rund 110.091 Euro zugeführt werden. Diese stammten zur Gänze aus allgemeinen Haushaltsmitteln. Im Voranschlag 2013 wurden keine Zuführungsbeiträge veranschlagt.

Die zweckgewidmeten Einnahmen an Interessenten- und Aufschließungsbeiträgen für Verkehrsflächen und Abwasserbeseitigung wurden in den Jahren 2010 bis 2012 zur Gänze einer Rücklage zugeführt.

Instandhaltungen

Bei den Instandhaltungsaufwendungen kam es zu Ausgabensummen von rund 32.500 Euro im Jahr 2011 und rund 25.200 Euro im Jahr 2012. Damit überschritt die Gemeinde den Durchschnitt der letzten fünf Jahre von rund 21.600 Euro. Im Jahr 2011 war der Hauptgrund der Überschreitung die Reparaturarbeiten an der Eternitfassade und beim Dach der Volksschule Mining. Im Jahr 2012 kam es zu größeren Reparaturen beim Bauhoftraktor und der Kläranlagenpumpe.

Mittelfristiger Finanzplan

Von der Gemeinde wurde zuletzt ein Mittelfristiger Finanzplan für die Planungsperiode 2013 bis 2017 erstellt und vom Gemeinderat gemeinsam mit dem Voranschlag für das Finanzjahr 2013 beschlossen.

Die freie Budgetspitze für das Finanzjahr 2013 war mit -24.400 Euro negativ angesetzt. Der Negativbetrag soll sich verringern und wird im Jahr 2017 schließlich mit einem Negativbetrag von -100 Euro prognostiziert. Die Einnahmen der laufenden Gebarung werden in den Planjahren 2013 bis 2017 voraussichtlich durchschnittlich rund 1.680.400 Euro betragen. Die Ausgaben der laufenden Gebarung werden sich laut Mittelfristigem Finanzplan von 1.693.000 Euro im Jahr 2013 auf 1.670.500 Euro im Jahr 2017 verringern. Das ergibt, dass das Ergebnis der laufenden Gebarung während des gesamten Zeitraumes positiv bleiben wird.

Während die zu vereinnahmenden Interessentenbeiträge laut Mittelfristigem Finanzplan konstant 21.100 Euro betragen werden und die jährlichen Ausgaben für Tilgungen von 118.800 Euro im Jahr 2013 auf 130.400 Euro im Jahr 2017 steigen, sinkt dadurch die freie Budgetspitze.

Das Maastricht-Ergebnis ist im Rechnungsabschluss 2012 mit rund -76.702 (Rechnungsabschluss 2011: rund -402.688 Euro) ausgewiesen – laut Voranschlag wird es im Jahr 2013 342.400 Euro betragen. Gemäß Mittelfristigem Finanzplan wird es in den Jahren 2014 bis 2017 positiv bleiben.

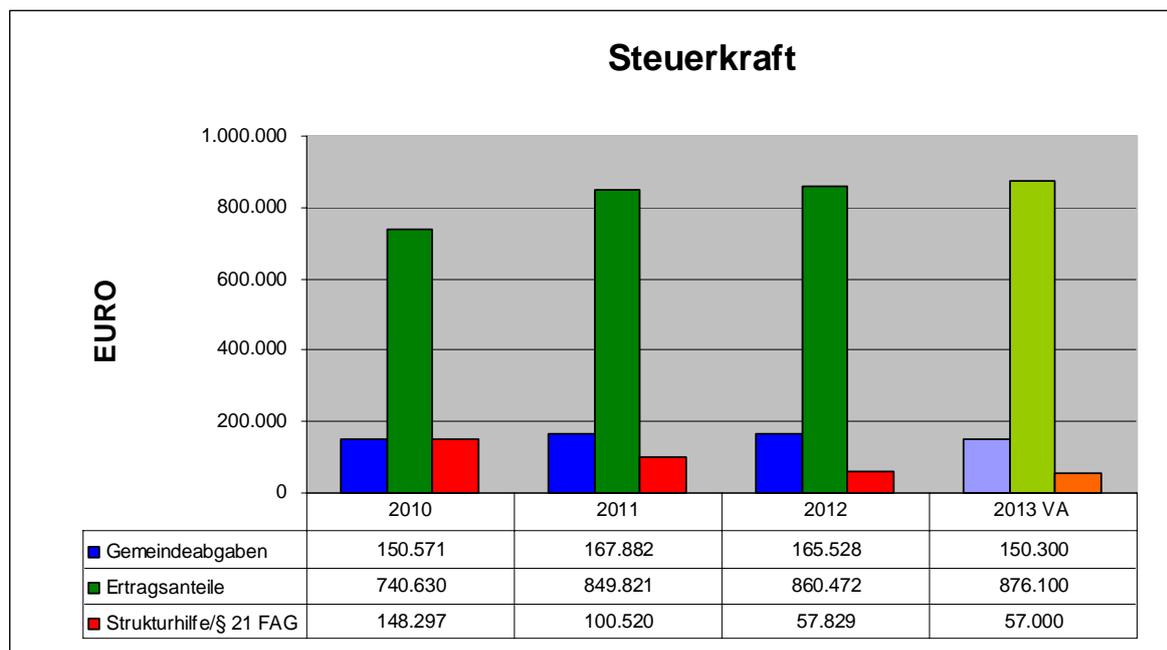
Als Vorhaben des mittelfristigen Investitionsplanes des außerordentlichen Haushaltes werden für die Planungsperiode 2013 - 2017 folgende genannt:

- Sanierung des Turnhallendaches	28.500 Euro
- Sanierung von Volksschule und Turnhalle	57.000 Euro
- Schlösserweg-Begleitprogramm-Landesausstellung 2012	103.000 Euro
- EU-Natur und Kultur am Europareservat Unterer Inn	25.600 Euro
- Gemeindestraßen und Straßenbeleuchtung 2011-2015	230.000 Euro
- Bauhoferrichtung durch Kommanditgesellschaft	40.000 Euro
- Löschwasserbehälter Bauhof Kommanditgesellschaft	9.000 Euro
- ABA BA 06/Ringstraße Mamling	62.000 Euro

Gesamtausgaben 2013 – 2017 außerordentlicher Haushalt 555.100 Euro.

Zur Finanzierung der Vorhaben ist die Gemeinde hauptsächlich auf die Gewährung von Bedarfszuweisungsmitteln und Landeszuschüssen angewiesen. Der Rest wird durch Anteilsbeträge des ordentlichen Haushalts, Rücklagenentnahmen und Interessentenbeiträge finanziert.

Finanzausstattung



Die Gemeinde rangierte mit ihrer Finanzkraft² von 867 Euro pro Kopf im Vergleich mit allen 444 Oö. Gemeinden auf Basis der Ergebnisse 2011 an 310. Stelle und nahm innerhalb des Bezirkes Braunau am Inn (46 Gemeinden) den 31. Platz ein. Generell ist das Aufkommen aus den gemeindeeigenen Steuern und Abgaben bezogen auf die Gemeindegröße als gut zu bezeichnen. Die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben betragen im Jahr 2012 rund 15 % der Steuerkraft³.

Die vorangestellte Grafik zeigt, dass die Gemeinde einerseits zu großen Teilen von den Ertragsanteilen (gemeinschaftlichen Bundesabgaben) abhängig ist, andererseits jedoch auch die Einnahmen aus gemeindeeigenen Steuern eine bedeutende Rolle spielen. Strukturhilfe und Finanzausweisungen gemäß § 21 FAG hat die Gemeinde im Jahr 2010 in der Höhe von rund 17 % im Jahr 2011 in der Höhe von rund 10 % und im Jahr 2012 in einer Höhe von rund 6 % des Aufkommens aus den gemeindeeigenen Steuern und Abgaben erhalten. Ab dem Jahr 2012 erhielt die Gemeinde aufgrund ihrer Finanzkraft keine Strukturhilfe mehr.

Die Einnahmen aus gemeindeeigenen Steuern entwickelten sich in den Jahren 2010 bis 2012 von rund 150.600 Euro auf rund 165.500 Euro. Dies entspricht einem Zuwachs von annähernd 10 % während der beiden Jahre. Die gemeindeeigenen Steuern, allen voran die Kommunalsteuer, verzeichneten in den letzten Jahren einen leicht steigenden Trend.

Die Ertragsanteile verzeichnen einen Anstieg. Im Jahr 2010 betrug die gesamte Steuerkraft 891.201 Euro und ist bis zum Jahr 2012 um 134.799 Euro auf 1.026.000 Euro gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von etwa 15 %. Der Zuwachs ist auf die Ertragsanteile zurückzuführen. Laut Voranschlag für das Jahr 2013 kommt es bei der Steuerkraft nochmals zu einer geringen Steigerung.

² Finanzkraft = Steuern und Abgaben ohne Aufschließungsbeiträge zuzüglich Abgabenertragsanteile

³ Steuerkraft = Finanzkraft zuzüglich Finanzausweisung und Strukturhilfe

Grundsteuer

Das Grundsteueraufkommen verringerte sich stetig in den letzten Jahren⁴. Das Grundsteueraufkommen bewegte sich im Jahr 2012 in einer Höhe von rund 67.122 Euro (Grundsteuer A und B gesamt).

Kommunalsteuer

Das Gesamtaufkommen aus der Kommunalsteuer betrug 2010 rund 51.410 Euro, 2011 rund 66.198 Euro und verringerte sich 2012 auf rund 64.484 Euro. Im Voranschlag 2013 wurde das voraussichtliche Aufkommen auf 64.000 Euro zurückgenommen. Das Kommunalsteueraufkommen pro Einwohner belief sich im Jahr 2011 auf rund 54 Euro. Im Rechnungsabschluss 2012 sank dieser Wert auf rund 52 Euro.

Das Steueraufkommen verteilt sich auf 35 Abgabepflichtige. Die drei größten steuerpflichtigen Unternehmen im Gemeindegebiet bezahlten rund 30 % des gesamten Kommunalsteueraufkommens. Der darüber hinaus gehende Betrag verteilt sich auf eine größere Anzahl von Unternehmen aus verschiedenen Sparten. Im Jahr 2012 wurde die Kommunalsteuer vollständig und rechtzeitig bezahlt.

Hundeabgabe

Die Hundeabgabe wurde mit 20 Euro je Hund (auch Wachhunde) festgelegt.

Zahlungsrückstände

Die Rückstände an Steuern und Abgaben laut Saldenliste beziffern sich Ende 2012 auf rund 2.100 Euro, was einen Anteil von ca. 0,1 % des Gesamtjahresaufkommens darstellt. Ein Teil wurde zwischenzeitlich bereits beglichen, es sind Konkursverfahren anhängig bzw. werden Rückstände eingemahnt und bei Nichteinhaltung werden die Rückstände abgeschrieben. Bei Nichtbeachtung der Zahlungsfristen wird ein Säumniszuschlag von 2 % laut Bundesabgabenordnung (BAO) verrechnet.

Eine Reduzierung der Steuer- und Abgabenrückstände kann auch durch die forcierte Einhebung der Hausbesitzabgaben mittels Abbuchungs- bzw. Einziehungsaufträgen erreicht werden. Diese Form der Steuerentrichtung wird bislang nur von rund 53 % der Steuerpflichtigen genutzt.

Eine weitere Initiative zur Ausweitung dieser für beide Seiten vorteilhaften Steuereinhebung sollte daher im Wege der Gemeindenachrichten gestartet werden.

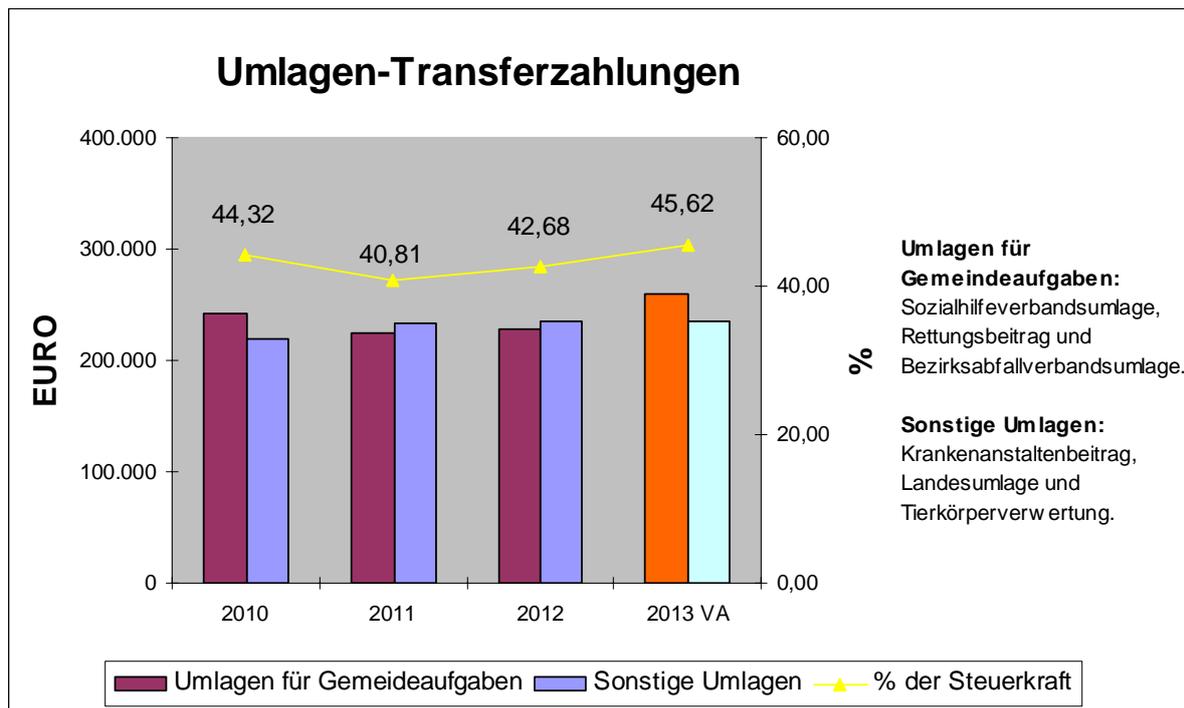
Verkehrsflächenbeitrag

Der Einheitssatz für die Vorschreibung von Verkehrsflächenbeiträgen wurde mit Verordnung des Landes ab 1. Mai 2013 auf 72 Euro pro m² angehoben. Die Gemeinde hebt diesen Einheitssatz nicht ein. Die Gemeinde hat in der Verordnung vom Juli 2011 beschlossen, dass aufgrund des § 20 Abs. 5 der Oö. Bauordnung 1994 ein Verkehrsflächenbeitrag in der Höhe von 45 Euro je m² eingehoben wird.

⁴ Grundsteuer: 2010 – 74.686 Euro, 2011 – 72.884 Euro, 2012 – 67.122 Euro

Im Hinblick auf die laufend steigenden Ausgaben im Bereich des Straßenbaues ist dieser reduzierte Einheitssatz anzupassen. Sollte die Gemeinde weiterhin den reduzierten Einheitssatz verwenden, ist im Zuge der Stellungnahme zum Prüfungsbericht eine entsprechende Kalkulation anhand eines bereits erfolgten Straßenbauabschnittes zu erstellen und der Bezirkshauptmannschaft Braunau am Inn zu übermitteln.

Umlagen



Die von der Gemeinde für die oben angeführten Bereiche in Form von Umlagen und Transferzahlungen zu erbringenden Geldleistungen bewegten sich im Betrachtungszeitraum zwischen rund 41 % und rund 46 % der Steuerkraft. In den vergangenen Jahren waren die zu erbringenden Geldleistungen im Jahr 2010 gestiegen und im Jahr 2011 fiel die Prozentkurve der Steuerkraft wieder. Im Jahr 2011 und 2012 stieg das Steueraufkommen stärker als die Umlagen. Das spiegelt sich grafisch in der Kurve "% der Steuerkraft" wider.

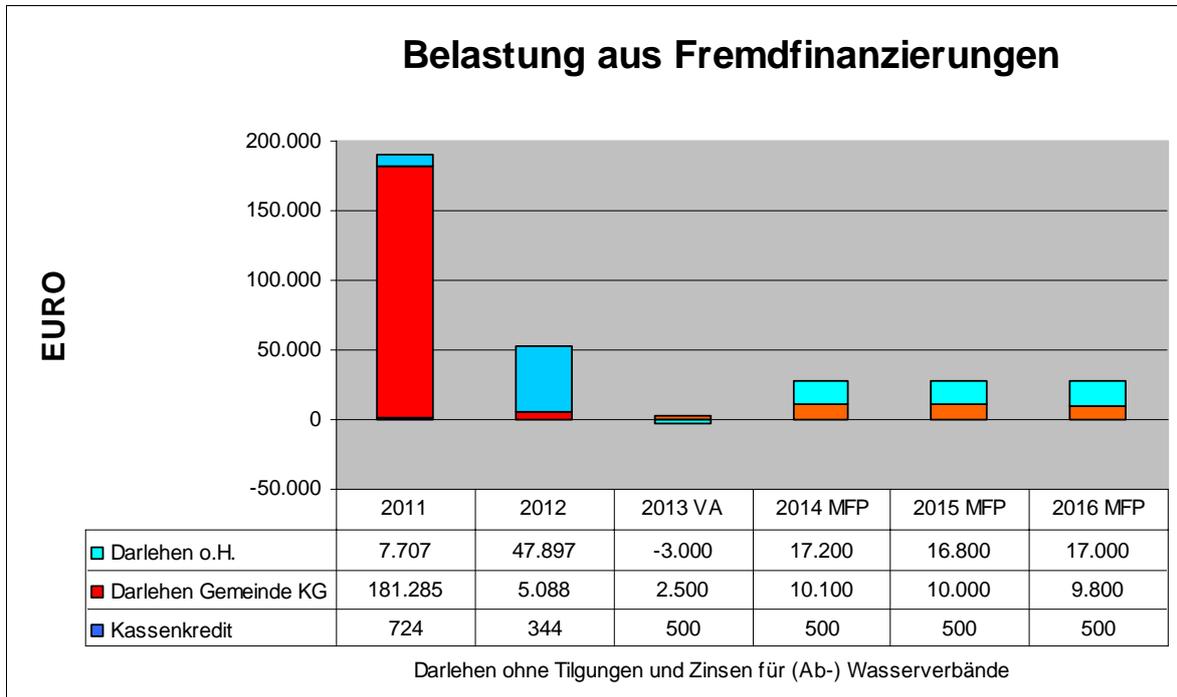
	2010	2011	2012	2013 VA
SHV Umlage 419-752	€ 219.237	€ 201.370	€ 207.717	€ 239.800
Rotes Kreuz 530-7570	€ 8.104	€ 8.343	€ 8.402	€ 8.400
BAV Beitrag 813-752	€ 14.122	€ 14.089	€ 11.764	€ 11.100
Umlagen gemeindeeigene Aufgaben	€ 241.463	€ 223.802	€ 227.883	€ 259.300
Tierkörperverw. 528-755	€ 6.495	€ 6.558	€ 6.497	€ 6.500
Krankenanstalten 562-751	€ 194.986	€ 203.520	€ 202.285	€ 200.600
Landesumlage 930-751	€ 17.730	€ 22.498	€ 25.917	€ 27.800
Sonstige Umlagen	€ 219.211	€ 232.576	€ 234.699	€ 234.900
Umlagen gesamt	€ 460.674	€ 456.378	€ 462.582	€ 494.200

Bei den Krankenanstaltenbeiträgen war ein Anstieg zu verzeichnen (+ 4 % bzw. 7.299 Euro von 2010 bis 2012). Die Sozialhilfeverbandsumlage verringerte sich (- 5 % bzw. 11.520 Euro von 2010 bis 2012), wird aber laut Voranschlag 2013 wieder ansteigen.

Die prognostizierten Umlagenzahlen für das Jahr 2013 zeigen, dass die Bezirksumlage um rund 31.417 Euro oder rund 14 % steigen wird und dass sich die Kurve "Prozent der Steuerkraft" etwas stärker steigend verhält. Es wird erwartet, dass die sonstigen Umlagen annähernd gleich bleiben werden.

Auch die mittelfristigen Prognosen lassen in Bezug auf die Umlagenentwicklung keine Entschärfung der Kostensituation und damit der Beitragzahlungen erkennen.

Fremdfinanzierungen



Die Gemeinde rangierte mit ihrer Pro-Kopf-Verschuldung von 2.687 Euro auf Basis der Ergebnisse 2011 im Vergleich mit allen Oö. Gemeinden (444) an der 129. Stelle und nahm innerhalb der Gemeinden des Bezirkes Braunau am Inn den 9. Rang ein. Mit dieser Pro-Kopf-Verschuldung liegt die Gemeinde weit über dem landesweiten Durchschnittswert von 1.990 Euro bzw. über dem Bezirksdurchschnitt (1.739 Euro).

Bei der Gemeinde besteht ein Zwischenfinanzierungsdarlehen für die Landesausstellung 2012. Das aufgenommene Darlehen wird in den nächsten Jahren, wenn die Förderungen der EU einlangen, zur Gänze zurückbezahlt. Für die gemeindeeigene Kläranlage wurde ebenfalls ein Darlehen aufgenommen. Werden diese Darlehen aus den Schulden herausgerechnet, würde sich das Ergebnis für 2011 bei der Pro-Kopf-Verschuldung auf rund 1.185 Euro verringern.

Die aus Darlehensaufnahmen der Gemeinde und aus der Inanspruchnahme eines Kassenkredites aufgelaufenen Kreditzinsen belasteten den ordentlichen Haushalt des Jahres 2012 mit insgesamt rund 17.400 Euro. Gemessen an den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes stellten sie damit einen Anteil von 0,9 % dar.

Gegenüber dem Jahr 2011 ist der Schuldendienst spürbar um rund 40.000 Euro gestiegen. Ausschlaggebend dafür war eine Sondertilgung in dieser Höhe für das Zwischenfinanzierungsdarlehen Grundkauf ÖBB.

Darlehen

Zu Jahresende 2012 sind bei der Gemeinde Mining Darlehensbestände in einer Gesamthöhe von rund 3.174.270 Euro ausgewiesen. Davon entfallen 377.293 Euro auf derzeit zins- und tilgungsfreie Landesdarlehen, 2.092.977 Euro auf bezuschusste Bankdarlehen für die Abwasserbeseitigung, 567.000 Euro auf ein bezuschusstes Bankdarlehen für die Landesausstellung 2012. Darüber hinaus bestehen nicht bezuschusste Bankdarlehen in der Höhe von 107.000 Euro für die Volksschul- und Turnhallensanierung bzw. 30.000 Euro für den Grundankauf der ÖBB. Im Jahr 2012 kam es zu

Darlehensaufnahmen in der Höhe von insgesamt 686.900 Euro für die Landesausstellung 2012, den Kanalbau und den Grundankauf für die ÖBB.

Die Netto-Belastung aus dem Schuldendienst nach Abzug der gewährten Annuitätenzuschüsse belief sich im Jahr 2010 auf 46.122 Euro, sank im Jahr 2011 auf 7.707 Euro und ergab im Jahr 2012 wieder einen Wert von 47.897 Euro. Dies entspricht einem Anteil an den Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushaltes von 2,5 %. Der im Jahr 2011 außergewöhnliche günstige Wert ist darauf zurückzuführen, dass bei Darlehen für die Abwasserbeseitigung Überschüsse aus den Annuitätenzuschüssen erzielt wurden. Diese Überschüsse wurden damals einer Rücklage zugeführt. Der erhöhte Wert im Jahr 2012 ist auf das Darlehen für den Grundkauf ÖBB und die damit zusammenhängende Sondertilgung in der Höhe von 40.000 Euro zurückzuführen.

Die Zinssätze der Darlehen sind an den 6-Monats-Euribor mit einem Aufschlag von 0,55 %, 0,79 % und 0,90 % gebunden. Die Zinssätze der Darlehen lagen zwischen 1,15 % und 1,68 %.

Kassenkredit

Die Gemeinde wickelt ihren Zahlungsverkehr bei der ortsansässigen Bank ab. Für Kontoüberziehungen wurde für das Jahr 2013 ein Kassenkreditrahmen von 300.000 Euro vereinbart. Die angebotenen Konditionen (2012: 6-Monats-Euribor + 0,59 %, 2013: 6-Monats-Euribor + 0,9 %) sind als marktkonform einzustufen.

Der Kassenkredit wurde in den letzten Jahren jeweils bei der selben örtlichen Bank in Anspruch genommen. Weitere Vergleichsangebote wurden in der Vergangenheit nicht eingeholt.

Der Kassenkredit ist künftig jährlich beschränkt auszuschreiben bzw. sind mehrere Vergleichsangebote einzuholen. Es wird empfohlen, auch während der Laufzeit, das heißt unterjährig, auf die Marktkonformität der Zinssätze zu achten und eventuell nach zu verhandeln.

Die Finanzsituation erforderte in den Jahren 2011 und 2012 keine größeren Überziehungen, weil die Gemeinde Rücklagenmittel zur Verstärkung des Kassenbestandes heranzog. Dementsprechend niedrig fielen die Kassenkreditzinsen im Jahr 2011 mit rund 724 Euro und im Jahr 2012 mit rund 344 Euro aus.

Leasing

Es bestehen keine Leasing- oder leasingähnliche Verträge bei der Gemeinde.

Haftungen

Zum Prüfungszeitpunkt belaufen sich die Haftungen laut Beilage zum Rechnungsabschluss 2012 auf eine Höhe von rund 129.000 Euro. Von der zum Bauhofneubau gegründete "Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Mining & Co KG" wurden Darlehen aufgenommen, für die die Gemeinde Haftungen übernommen hat.

Rücklagen

Zum Jahresende 2012 verfügte die Gemeinde über Rücklagenmittel von insgesamt rund 92.670 Euro, wovon rund 61.140 Euro zweckgebundene Rücklagen aus veranlagten Anschlussgebühren bei der Ortskanalisation und Straßenbau sowie der Bürgermeister-Pensionsrücklage darstellen und Mittel von rund 31.530 Euro keiner Zweckbindung unterliegen. Die vielfach als sogenannte innere Darlehen zur Verstärkung des Kassenbestandes herangezogenen Rücklagen setzen sich folgendermaßen zusammen:

Pensionsbetrag Bürgermeister	€ 31.115
Gesunde Gemeinde	€ 1.751
Straßenbau Verkehrsflächenbeitrag	€ 5.704
Straßenbau Anschlußbeitrag	€ 4.243
Abfallabfuhr	€ 13.758
Zukünftige Kanalinvestitionen Interessentenbeitrag	€ 19.631
Kanal Anschlußbeitrag	€ 447
Diverse Investitionen	€ 16.020
Gesamtsumme:	€ 92.670

Die Verzinsung der auf Sparbüchern veranlagten Rücklagenmittel lag im überprüften Zeitraum Jänner 2012 bis zum 1. Quartal 2013 mit 0,6 % spürbar unter den herkömmlichen Konditionen.

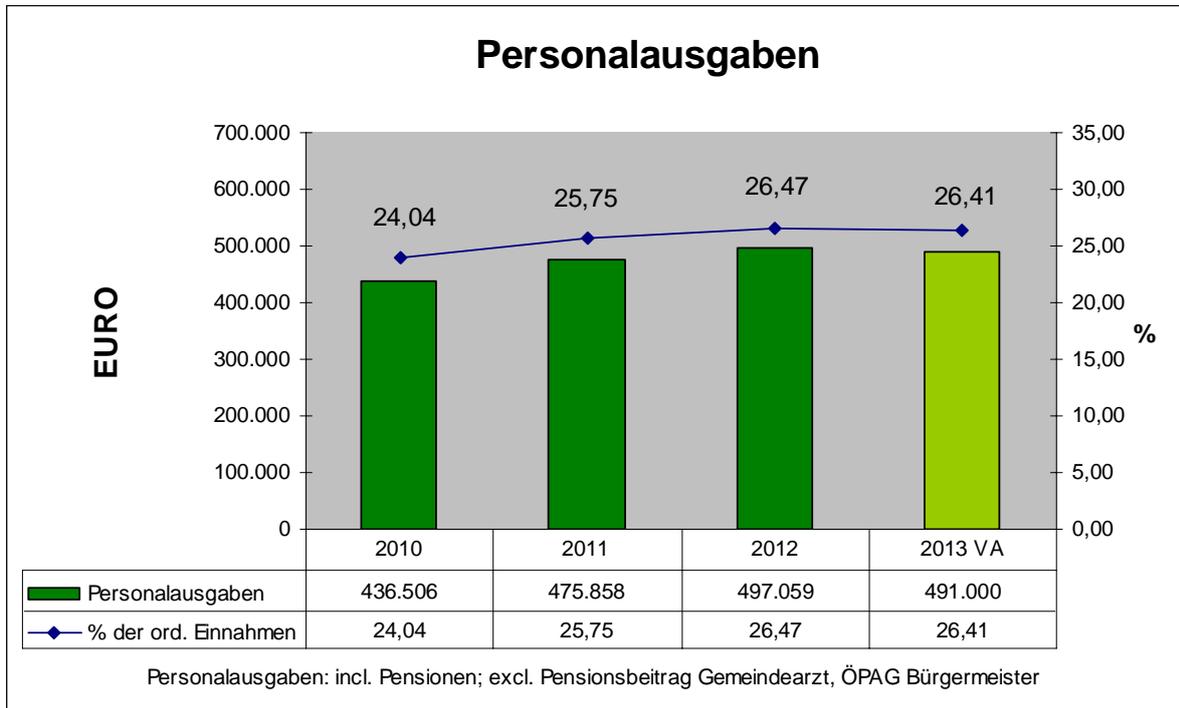
Auch bei der Veranlagung der Rücklagenmittel ist künftig im Sinne einer möglichst wirtschaftlichen Haushaltsführung ein regelmäßiger Vergleich der Konditionen unter Einbeziehung von Termingeldeinlagen vorzunehmen.

Laut Auskunft der Gemeinde sollen die nicht zweckgebundenen Rücklagen, wenn möglich, für die Gemeindeamtssanierung, Ortsgestaltungsmaßnahmen und Sanierungen beim Badensee verwendet werden.

Beteiligungen

Die einzige Beteiligung der Gemeinde stellt jene bei der "Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Mining & Co KG" in der Höhe von 1.000 Euro dar.

Personal



Die Aufwendungen für das Personal (einschließlich der Pensionsbeiträge) verzeichneten im Zeitraum 2010 bis 2012 einen kontinuierlichen Anstieg. So lagen die Personalaufwendungen des Jahres 2012 bei rund 497.059 Euro. Diese kontinuierlichen Ausgabensteigerungen kamen vor allem durch die üblichen Lohnerhöhungen bzw. Beförderungen und Vorrückungen zustande.

Der Aufwand für Personal inklusive Pensionen belief sich im Jahr 2012 auf 497.059 Euro. Dies entspricht 26,47 % der Jahreseinnahmen im ordentlichen Haushalt von rund 1.877.517 Euro.

2011 verzeichnete die Gemeinde Mining Personalkosten pro Bediensteten von 42.611 Euro gegenüber durchschnittlich 41.559 Euro im Bezirk bzw. 44.879 Euro im Landesdurchschnitt.

Im Finanzjahr 2012 waren insgesamt 14 Bedienstete in den nachstehenden Bereichen beschäftigt, wobei Vergütungsleistungen zwischen den einzelnen Kostenstellen nicht berücksichtigt wurden:

Ansatz	Anzahl Bed.	Personalaufwand	Personaleinheiten
Allgemeine Verwaltung	4	€ 205.650	2,88
Kindergarten (3 Pädagoginnen, 2 Helferinnen, 1 Raumpflegerin)	6	€ 172.951	3,73
Bauhof (1 Klärwärter, 1 Bauhoffacharbeiter)	2	€ 94.381	2
Reinigung	2	€ 24.077	0,95

Dienstpostenplan

Der Dienstpostenplan wurde vom Gemeinderat zuletzt im Zuge der Festsetzung des Voranschlages 2013 beschlossen.

Die festgesetzten Dienstposten bewegen sich im Rahmen der Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung bzw. der Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2002 und entsprechen der Einreichungsverordnung unter Bedachtnahme auf die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Allgemeine Verwaltung

Nach den Dienstpostenplanrichtlinien hätte die Gemeinde Mining mit 1.230 Einwohnern (zum Stichtag der letzten Gemeinderatswahl) die Möglichkeit, in der Verwaltung bis zu vier Bedienstete anzustellen. Tatsächlich werden dort derzeit 2,88 Personaleinheiten beschäftigt. Diese Posten sind von zwei vollbeschäftigten und zwei teilbeschäftigten Bediensteten besetzt. Dies entspricht einer Ausschöpfung des möglichen Dienstpostenplanrahmens von rund 72 %.

Gegenüber Gemeinden in vergleichbarer Größe liegt die Gemeinde mit diesem Wert in einem angemessenen Rahmen. Gemessen an der Einwohnerzahl fallen auf eine Personaleinheit rund 427 Einwohner. Mit den derzeit besetzten Dienstposten wird das Auslangen gefunden.

Handwerklicher Bereich

Im Bereich des Bauhofes sind zum Prüfungszeitpunkt ein vollbeschäftigter Klärwärter und ein Gemeindefacharbeiter tätig. Bezogen auf die Gemeindegröße stellt dies einen angemessenen Wert dar. Damit kann das Auslangen gefunden werden.

Eine Aufstockung des Personalbestandes sollte in diesem Bereich nicht mehr erfolgen. Sollte die Gemeinde mit diesem Personalstand nicht das Auslangen finden, wären im Sinne einer Aufgabenreform die derzeitigen Arbeitsbereiche im Hinblick auf mögliche Einsparungen neu zu evaluieren.

Insgesamt sind in der Gemeinde drei Raumpflegerinnen (55 %, 40 % und 35 % Beschäftigungsausmaß) beschäftigt.

Die Arbeitsleistungen teilen sich wie folgt auf:

Für das Gemeindeamt	15 %
Für den Kindergarten	35 %
Für die Ortsbildpflege	10 %
Für die Volksschule	65 %
Für die Kläranlage	5 %
Insgesamt	130 %

Bezogen auf die angeführten Objekte ist das Beschäftigungsausmaß als angemessen zu beurteilen.

Kindergarten

Für die Betreuung der Kindergartenkinder stehen drei Kindergartenpädagoginnen zur Verfügung, von denen die Leiterin (86 %) und zwei weitere Pädagoginnen (83 und 69 %) eine Teilbeschäftigung aufweisen. Hinzu kommen noch zwei Kindergartenhelferinnen (Helferinnen mit je 50 % Teilzeitbeschäftigung).

Bei den Helferinnen entspricht die Helfertätigkeit durchschnittlich je Gruppe bei 0,5 Personaleinheiten, bei den Kindergartenpädagoginnen sind es 1,19 Personaleinheiten je Gruppe. Die Personalbesetzung liegt in diesem Bereich für einen alterserweiterten Kindergarten im üblichen und angemessenen Rahmen.

Aus- und Fortbildung

Für die Aus- und Fortbildung der Gemeindebediensteten wurden im Jahr 2012 rund 660 Euro ausgegeben (= ca. 0,15 % der Personalausgaben). Der Schwerpunkt der Ausbildungsmaßnahmen lag beim Besuch von einzelnen Fachseminaren und Dienstausbildungsmodulen sowie bei der EDV-Ausbildung.

Im Interesse einer weiterhin effizienten Verwaltungsführung wird empfohlen, die Aus- und Fortbildung zu forcieren, wobei neben fachspezifischen Kursen auch Schulungen zur Persönlichkeitsentwicklung ins Auge gefasst werden sollten. Bei der Auswahl der Ausbildungsmaßnahmen ist in Hinkunft auf die Zielvereinbarungsgespräche unter Beachtung der Stellen- und Anforderungsprofile der einzelnen Mitarbeiter/innen Rücksicht zu nehmen.

Geschäftsverteilungsplan - Aufgabenbeschreibung

Ein Geschäftsverteilungsplan, in dem die Aufgabengebiete und zugleich die Verantwortungsbereiche eines jeden Bediensteten sowie die gegenseitigen Vertretungen im Abwesenheitsfall umschrieben sind, lag nicht für alle Bediensteten auf.

Ein solcher Geschäftsverteilungsplan ist vom Bürgermeister als Vorstand des Gemeindeamtes zu erstellen und den Bediensteten nachweislich zur Kenntnis zu bringen.

Die erforderlichen Aufgabenbeschreibungen für die Bediensteten, welche als Entscheidungsgrundlage für künftige dienst- und bezugsrechtliche Maßnahmen dienen sollen, hat die Gemeinde erstellt.

Zielvereinbarungsgespräch

Sinn und Zweck von Zielvereinbarungen ist es, mit jedem/r Mitarbeiter/in spezifische Ziele in Abstimmung mit den Organisationszielen zu vereinbaren und zu dokumentieren. Folglich ist über das abgelaufene Jahr Rückschau zu halten und den Mitarbeiter/innen dabei entsprechendes Feedback zu geben. Wesentliche Erfolgsgröße ist dabei, dass die fachliche und persönliche Entwicklung gezielt gesteuert wird. Dadurch könnte die Eigenständigkeit und Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter/innen entsprechend gestärkt und verbessert werden könnte.

Es wird daher empfohlen, in allen Bereichen Mitarbeitergespräche durchzuführen, in denen die fachlichen und persönlichen Ziele der einzelnen Mitarbeiter definiert und darauf aufbauend Aus- und Fortbildungsmaßnahmen festgelegt werden. Weiters verweisen wir auf den Erlass IKD(Gem)-200213/3-2011-Dau vom 29. November 2011.

Bürgerservice

Beim Parteienverkehr agiert die Gemeinde immer sehr großzügig, indem sie das Gemeindeamt für Bürgeranliegen während der gesamten Betriebszeit auch Mittags offen hält. Laut Auskunft des Amtsleiters wird dies deshalb gemacht, da die Gemeinde auch zusätzlich für die Bürger eine Postabholung anbietet.

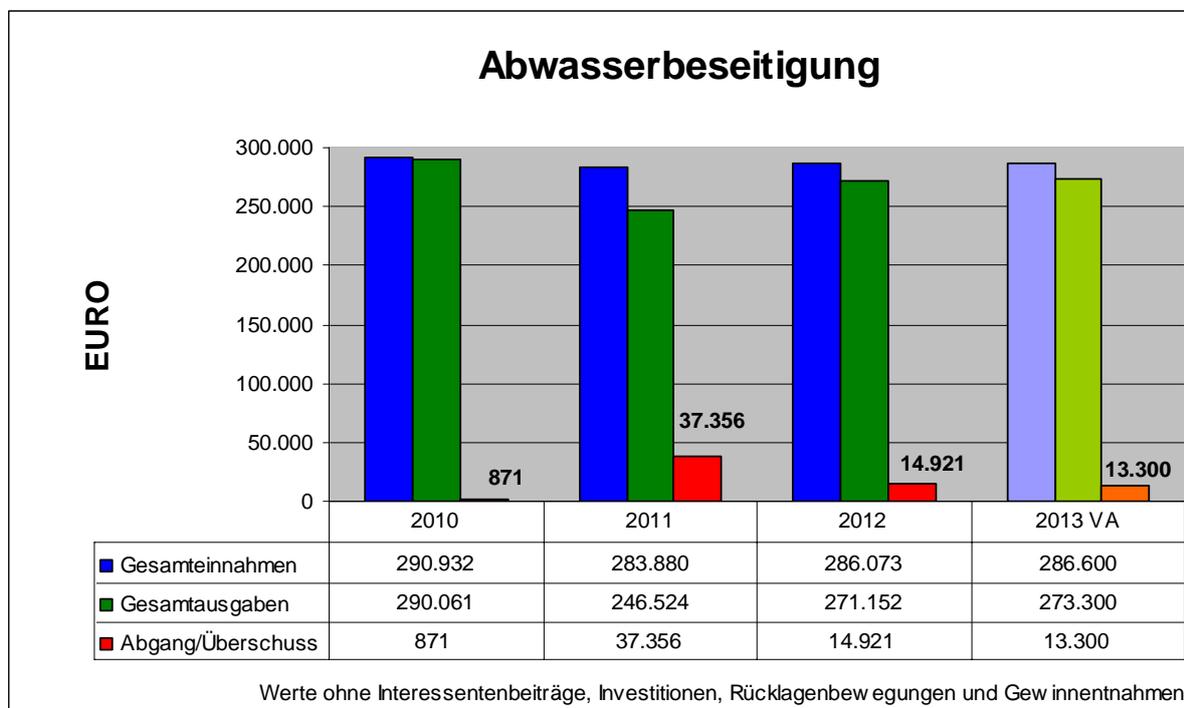
Eine allfällige Einschränkung des Parteienverkehrs könnte bedarfsorientiert erfolgen. Darüber hat der Gemeinderat zu beraten.

Bezugsverrechnung

Die stichprobenweise Überprüfung der Entlohnung der Bediensteten ergab keine nennenswerten Mängel.

Öffentliche Einrichtungen

Abwasserbeseitigung



Die Gemeinde verfügt über ein gut ausgebautes Abwasserbeseitigungsnetz mit einem Anschlussgrad von ca. 82 %. Damit ist das Gemeindegebiet weitestgehend an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen. Die Abwässer werden in die Kläranlage der Gemeinde Mining eingeleitet.

Bei den in der Grafik dargestellten Gesamteinnahmen handelt es sich um die jährlichen Einnahmen abzüglich der jeweiligen Anschlussgebühren. Im Jahr 2010 wies die Einrichtung der Abwasserbeseitigung einen geringen Überschuss in der Höhe von 871 Euro aus. Im Jahr 2011 konnte ein Überschuss von 37.356 Euro und im Jahr 2012 ein Überschuss von 14.921 Euro erzielt werden der im ordentlichen Haushalt verblieben ist.

Die eingenommenen Interessentenbeiträge wurden einer Rücklage zugeführt. Der Anschlusszwang wird nach Auskunft der Gemeinde im Bereich der 50-Meter-Zone durchgeführt.

Gebühren

Die in der Kanalgebührenordnung der Gemeinde Mining festgelegten Anschluss- und Benützungsgebühren entsprachen in den vergangenen Jahren jeweils den vom Land Oberösterreich vorgegebenen Mindestgebühren.

Für das Jahr 2012 beträgt die Benützungsgebühr 3,33 Euro und die Mindestanschlussgebühr 2.990 Euro je exkl. Umsatzsteuer. Im Jahr 2013 werden 3,40 Euro Benützungsgebühren und 3.054 Euro Mindestanschlussgebühr eingehoben.

Zur Abdeckung der Fixkosten wird pro angeschlossenen Objekt eine Kanalbenützungsgebühr von jährlich mindestens 40 m³ berechnet.

Die Kosten für den erstmaligen Erwerb, Einbau und die Wartung des Wasserzählers trägt der Liegenschaftseigentümer. Für die weiteren erforderlichen Eichungen der Wasserzähler (alle 5 Jahre) sorgt die Gemeinde durch einen Beauftragten. Die Gemeinde hebt dafür eine vierteljährliche Bereitstellungsgebühr in der Höhe von 3 Euro exkl. Umsatzsteuer von den Liegenschaftseigentümern ein.

Für unbebaute Grundstücke, die an das gemeindeeigene öffentliche Kanalnetz angeschlossen werden, ist die Mindestanschlussgebühr zu entrichten.

Gebührenkalkulation

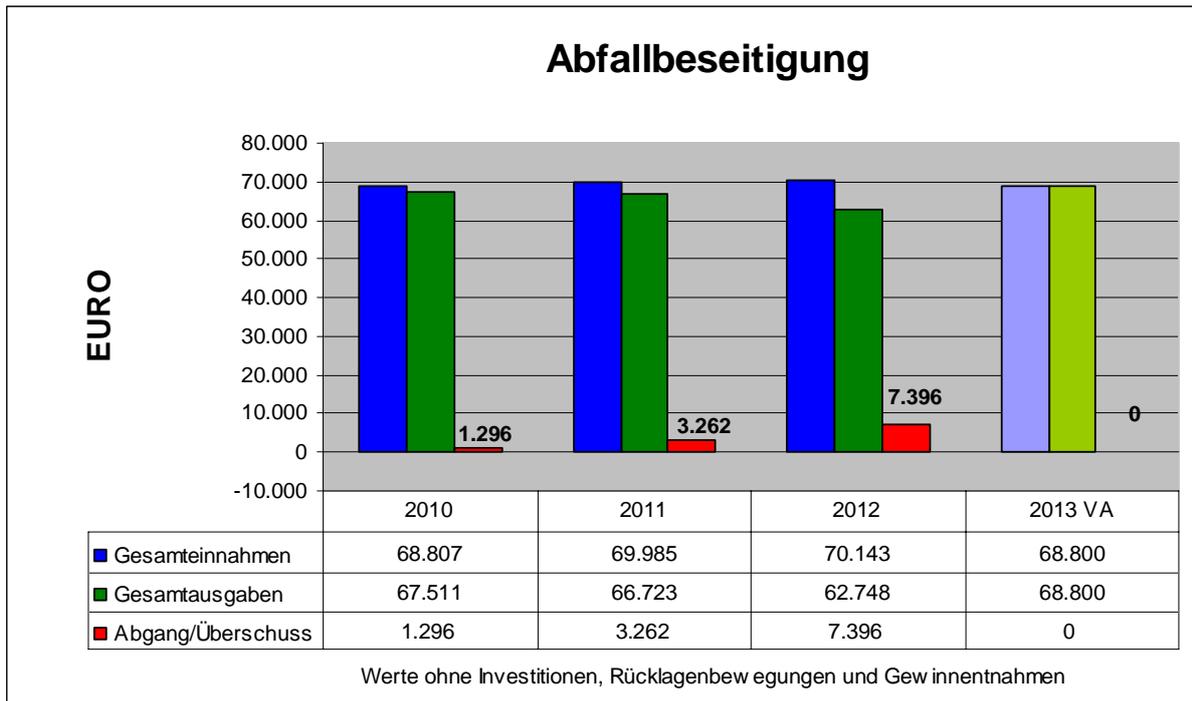
Die Gebührenkalkulation bestätigt, dass die Gemeinde dem Erfordernis der Einhebung der landesweit gültigen Mindestgebühren nachkommt.

Die Ausgaben deckende Gebühr liegt bei rund 6 Euro, die kostendeckende bei rund 7 Euro.

Verwaltungskostentangente

Die Gemeinde hat im Interesse einer umfassenden Kostenzuordnung in der Buchhaltung eine jährliche Verwaltungskostentangente in Form einer Vergütung dargestellt.

Abfallbeseitigung



Die Gemeinde Mining betreibt für die regelmäßige Erfassung der im Gemeindegebiet anfallenden Hausabfälle und sperrigen Abfälle eine öffentliche Abfallabfuhr. Die Sammlung der Hausabfälle erfolgt im gesamten Gemeindegebiet zwei- und vierwöchentlich. Sperrige Abfälle können im Altstoffsammelzentrum Braunau am Inn und Altheim abgegeben werden. Weiters besteht zweimal pro Jahr eine Abgabemöglichkeit von sperrigen Abfällen in der Gemeinde Mining.

Der Betrieb der Abfallbeseitigung verzeichnete in den vergangenen drei Jahren Überschüsse die einer Rücklage zugeführt wurden. Zuletzt konnte im Jahr 2012 zur Verstärkung des Budgets ein Betrag von rund 7.400 Euro erwirtschaftet werden. In den angeführten Betriebsergebnissen ist eine Verwaltungskostentangente enthalten.

Eine Abfallgebührenerhöhung erfolgte in den letzten Jahren nicht. Im Hinblick auf die Tatsache, dass der Betrieb der Abfallbeseitigung in den vergangenen Jahren positive Gebarungsergebnisse auswies, ist eine Erhöhung der Abfallgebühren nicht erforderlich.

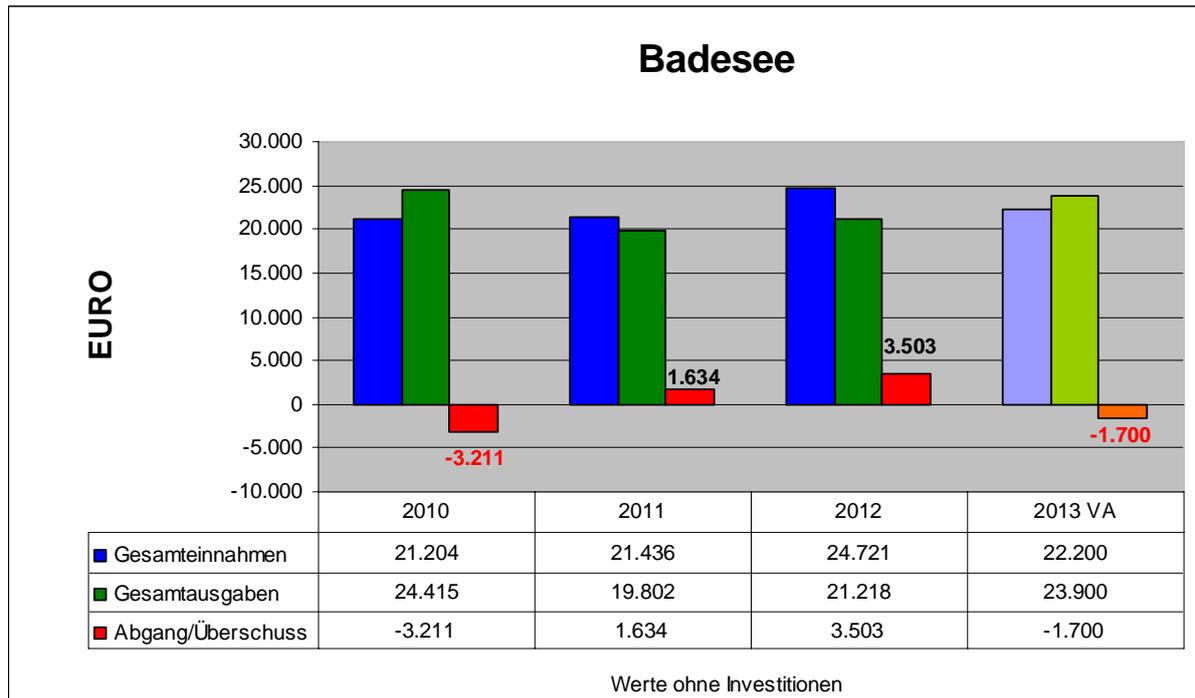
Die Gebühr ohne Umsatzsteuer für eine haushaltsübliche Abfalltonne von 90 Liter beträgt 7 Euro (zweiwöchentliche Entleerung) bzw. 9 Euro (vierwöchentliche Entleerung), für einen Abfallsack mit 90 Liter 8 Euro und für Container mit 900 Liter werden 80 Euro eingehoben.

Biomüll und Kompostierung

Die Gemeinde Mining hat für die regelmäßige Erfassung der im Gemeindegebiet anfallenden biogenen Abfälle eine öffentliche Bioabfallabfuhr eingeführt. Für die Kompostierung bedient sich die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben des Bezirksabfallverbandes Braunau am Inn, welcher die Verwertung der biogenen Abfälle organisiert.

Die Gebühr für die vorgesehene Abholung der Biotonnenabfälle beträgt für eine Biotonne von 120 Liter 20 Euro und für 240 Liter 40 Euro je exklusive Umsatzsteuer.

Badesee



In den Jahren 2011 und 2012 verursachte der Badesee laufende Betriebsüberschüsse in der Gesamthöhe von rund 5.137 Euro. Im Voranschlag für das laufende Jahr 2013 rechnet die Gemeinde mit einem Abgang in der Höhe von 1.700 Euro. Der Grund für den Abgang im Voranschlag 2013 ist auf anfallende Instandhaltungen und Reparaturen im Bereich des Badesees zurückzuführen.

Die Gemeinde kümmert sich darum, dass der Badeplatz rund um den Badesee instand gehalten wird. Neben dem Badesee befindet sich ein Mischwerk für Asphalt. Die Anlage ist bei Schönwetter von Mai bis August (ca. 120 Öffnungstage) in der Zeit von 9:00 Uhr bis 21:00 Uhr geöffnet.

Die Eintrittspreise liegen bei 1,80 Euro für Erwachsene und 0,80 Euro für Kinder (Preis jeweils für eine Tageskarte). Saisonkarten sind für Erwachsene um 18 Euro (ermäßigt 12 Euro) und für Kinder um 9 Euro (ermäßigt 8 Euro) erhältlich.

Aus den Kartenverkäufen und der Besucherstatistik ergibt sich, dass in den Jahren 2011 und 2012 das durchschnittliche Eintrittsentgelt bei 1,90 Euro gelegen ist⁵.

⁵ Erlöse aus Eintritten: 21.942 Euro (2012), 20.091 Euro (2011); Besucher: 11.279 (2012), 10.705 (2011)

Die Betreuung im Jahr 2012 erfolgte durch drei Kindergartenpädagoginnen (2,38 PE) und zwei Kindergartenhelferinnen (1 PE). Die Busbegleitung wird von einer Bediensteten mit geringfügiger Beschäftigung erledigt. Für den Aufwand an Materialkosten- und Veranstaltungsbeiträgen wird ein Betrag in der Höhe von 72 Euro inkl. Umsatzsteuer eingehoben.

Ausgehend von der maximalen Belegungskapazität (46 Kinder) und der tatsächlichen durchschnittlichen Frequenz (40 Kinder) war der Kindergarten im Prüfungszeitraum mit rund 87 % ausgelastet. Im Kindergartenjahr 2012/2013 besuchen zwei Kinder unter drei Jahren und 39 Kindergartenkinder den Kindergarten, dadurch ist eine Auslastung von 89 % gegeben. In den Kindergartenjahren 2011/2012 und 2010/2011 besuchten je 40 Kinder den Kindergarten Mining.

Kindergartentransport

Für den Transport der Kindergartenkinder erwuchs der Gemeinde im Jahr 2012 unter Berücksichtigung des hierfür erhaltenen Landeszuschusses und des von den Eltern eingehobenen monatlichen Transportkostenbeitrages von 8 Euro eine Nettobelastung von rund 749 Euro, was einem Beitrag der Gemeinde von rund 38 Euro pro transportiertem Kind gleichkommt.

Für die Busbegleitung ist eine geringfügig beschäftigte Bedienstete zuständig. Ein Vertrag mit dem betrauten Transportunternehmen lag bei der Gemeinde auf. Es werden täglich drei Fahrten im Gesamtausmaß von durchschnittlich rund 43 km zurückgelegt. In den letzten zwei Jahren wurden durchschnittlich 20 Kinder transportiert.

Ausgegliederte Unternehmungen

Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Mining & Co KG

Für den Neubau eines Bauhofgebäudes sowie einer FF-Boot-Einstellgarage wurde eine "gemeindeeigene" Kommanditgesellschaft (KG) gegründet. Der Gesellschaftsvertrag wurde in der Gemeinderatssitzung vom 30. Oktober 2008 beschlossen und in Folge mit 18. November 2008 aufsichtsbehördlich genehmigt.

Mit Gesellschaftsvertrag vom 30. Oktober 2008 haben die Gemeinde Mining und der Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Mining sich zur "Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Mining & Co KG" zusammengeschlossen.

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und die Verwertung von Liegenschaften, Gebäuden und sonstigen Bauwerken zum Zwecke einer geordneten Infrastrukturentwicklung der Gemeinde Mining. In der Gesellschaft ist der Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Mining Komplementär und die Gemeinde Mining Kommanditistin.

In der Gemeinderatssitzung vom 30. Oktober 2008 hat die Gemeinde beschlossen, die von ihr als Körperschaft öffentlichen Rechts wahrzunehmende Aufgabe der Errichtung und Verwaltung von Gebäudeinfrastruktur, die der Erbringung von Bauleistungen (Bauhof) sowie von einer Einrichtung, die Feuerwehrrzwecken (Feuerwehrgarage bei Bauhof) dient, auszugliedern und an die KG zu übertragen. Die Eintragung im Firmenbuch erfolgte mit 6. Februar 2009.

Miete

Die Tätigkeit der Kommanditgesellschaft beschränkt sich auf die Vermietung von drei Gebäuden nämlich die Feuerwehrgarage, Werkstättengebäude mit Personalräumen und Einstellhalle. Es besteht bei der Kommanditgesellschaft ein Mietvertrag für den Bauhof und die Feuerwehrgarage. An Miete zahlte die Gemeinde im Jahr 2012 rund 2.700 Euro sowie Betriebskosten von rund 3.800 Euro für die Objekte. Nach der Endabrechnung wurde der endgültige Mietzins berechnet.

Darlehen

Der Schuldenstand betrug am Jahresanfang 2012 rund 305.000 Euro und am Jahresende rund 129.000 Euro. Im Schuldenstand ist ein Zwischenfinanzierungsdarlehen in der Höhe von rund 9.000 Euro enthalten. Im Jahr 2012 konnten vom Darlehen rund 176.000 Euro getilgt werden. In den letzten Jahren hat die KG kein Darlehen bzw. einen Kassenkredit aufgenommen. Die Nettobelastung aus dem Schuldendienst belief sich im Jahr 2012 auf rund 5.088 Euro. Die Zinssätze der Darlehen lagen bei 1,96 und 2,21 %.

Eine Übertragungsverordnung für die Zustimmung der Gemeinde zu Vergaben der KG im Rahmen des Budgets wurde im Gemeinderat am 11. Februar 2010 beschlossen.

Die Summe der Jahreseinnahmen sowie der Jahresausgaben im ordentlichen Haushalt betrug rund 30.600 Euro. Somit war der ordentliche Haushalt im Jahr 2012 ausgeglichen. Die Summe der Jahreseinnahmen im außerordentlichen Haushalt betragen rund 433.187 Euro, die Summe der Jahresausgaben im außerordentlichen Haushalt betrug rund 421.700 Euro. Dies ergab einen Überschuss in der Höhe von rund 11.487 Euro. Der Verlust im Jahr 2012 wurde durch einen Liquiditätszuschuss der Gemeinde abgedeckt.

Die Rechnungsabschlüsse wurden jeweils vom Prüfungsausschuss der Gemeinde geprüft, vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen und in der Gesellschaftsversammlung ordnungsgemäß beschlossen.

Errichtung des Bauhofgebäudes sowie einer FF-Boots-Einstellgarage

Am 25. Mai 2009 wurde der Gemeinde Mining die Bewilligung für die Ausschreibung und den Baubeginn erteilt. Mit der Errichtung des Bauhofgebäudes und der FF-Boots-Einstellgarage wurde im Herbst 2009 begonnen. Die Eröffnung des Bauhofgebäudes und die endgültige Fertigstellung des Gebäudes erfolgte im März 2012.

Der aufsichtsbehördlich genehmigte Finanzierungsplan samt Genehmigung gemäß § 86 Oö. Gemeindeordnung 1990 vom 2. Juli 2009 lautet auf eine Baukostensumme von 920.400 Euro. Das Vorhaben wurde durch ein Darlehen (130.000 Euro), einen Landeszuschuss des Landesfeuerwehrkommandos (3.000 Euro), Bedarfszuweisungsmittel (765.000 Euro) und Anteilsbeträge aus dem ordentlichen Haushalt (22.400 Euro) finanziert.

Die Ausgabensumme lag zum Prüfungszeitpunkt bei rund 913.400 Euro. Laut Auskunft des Amtsleiters sind keinerlei Rechnungen mehr ausständig und die Endabrechnung wurde bereits dem Amt der Oö. Landesregierung vorgelegt. Aus der Endabrechnung des Bauvorhabens "Neubau eines Gemeindebauhofes mit FF-Bootsgarage" scheint inklusive der Einrichtungs- und Ausstattungskosten ein Betrag von rund 913.400 Euro auf. Es kam zu einer Kostenreduzierung gegenüber dem genehmigten Finanzierungsplan in der Höhe von rund 7.000 Euro. Diese Kostenreduzierung konnte durch die Einbringung von Eigenleistungen der Bauhoffacharbeiter erreicht werden.

Im April 2013 wurden die noch ausständigen letzten 40.000 Euro an Bedarfszuweisungsmitteln überwiesen.

Aufgrund dessen, dass sich die Gesamtkosten verringert haben, sind die nicht verbrauchten Bedarfszuweisungsmittel für die vorzeitige Darlehenstilgung heranzuziehen.

Für die einzelnen Professionistenarbeiten wurden Ausschreibungen durchgeführt. Die Vergabezustimmungen wurden vom zuständigen Organ Gemeindevorstand (Übertragungsverordnung) eingeholt. Es lagen sowohl die Angebotseröffnungsprotokolle und auch (Leer-) Leistungsverzeichnisse als auch die Nachweise über die Verständigung der nicht zum Zuge gekommenen Mitbieter bei der Gemeinde auf.

Gemeindevertretung

Einberufung von Sitzungen des Gemeinderates und des Gemeindevorstandes

Sowohl der Gemeinderat als auch der Gemeindevorstand sind in den vergangenen Jahren den gesetzlichen Erfordernissen entsprechend wenigstens einmal in jedem Vierteljahr zu einer Sitzung zusammengetreten.

Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss hat in den Jahren 2005 und 2007 je im 2. Quartal, in den Jahren 2006, 2008 und 2009 je im 2. und 3. Quartal und im Jahr 2011 im 1. und 2. Quartal keine Sitzung abgehalten und ist damit seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen.

Der Prüfungsausschuss hat die Gebarungsprüfung künftig anhand der Rechnungsabschlüsse und darüber hinaus auch im Laufe des Haushaltsjahres, und zwar wenigstens vierteljährlich, vorzunehmen. Es sind im Jahr fünf Sitzungen erforderlich.

Ausschüsse

Der Ausschuss für Schul-, Kindergarten-, Kultur- und Sportangelegenheiten hielt im Prüfungszeitraum 13 Sitzungen ab, der Ausschuss für Jugend-, Familien- und Seniorenangelegenheiten acht Sitzungen, der Umweltausschuss vier Sitzungen und der Ausschuss für Bauangelegenheiten 18 Sitzungen.

Zur Vorbereitung schwieriger Punkte für eine Gemeinderatssitzung können Ausschüsse einen wertvollen Beitrag leisten und damit die Gemeinderatssitzungen entsprechend abkürzen. Eine Intensivierung der Ausschusstätigkeiten wird daher empfohlen.

Sitzungsgeld

In der Sitzungsgeldverordnung vom 28. Mai 1998 wurde vom Gemeinderat beschlossen, dass

1. für Sitzungen des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse 1 %
2. und für den Obmann (Obmann-Stellvertreter) eines Ausschusses für die Vorsitzführung in einer Sitzung des betreffenden Ausschusses 1,5 %

des Bezuges des Bürgermeisters gem. § 2 Abs. 1 des Oö. Gemeinde-Bezügegesetz 1998 für einen nicht hauptberuflichen Bürgermeister beträgt. Dies entspricht für 2011 und 2012 für Punkt 1. 24,50 Euro bzw. 36,70 Euro und für Punkt 2. 25,12 Euro bzw. 27,68 Euro.

Im Hinblick auf die möglichen Höchstgrenzen kann der Gemeinde ein sparsamer Umgang mit den Aufwandsentschädigungen für die Mandatäre bescheinigt werden. Bei der Verrechnung der Sitzungsgelder und der Bezugsauszahlung der Mandatäre konnten keine Mängel festgestellt werden.

Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben

Die Verfügungsmittel stehen dem Bürgermeister zur Leistung von nur geringfügigen Ausgaben, die der Art nach im ordentlichen Voranschlag nicht aufscheinen, aber auch der Erfüllung von Gemeindeaufgaben dienen, zur Verfügung. Vor ihrer Inanspruchnahme ist kein Beschluss eines Kollegialorgans erforderlich.

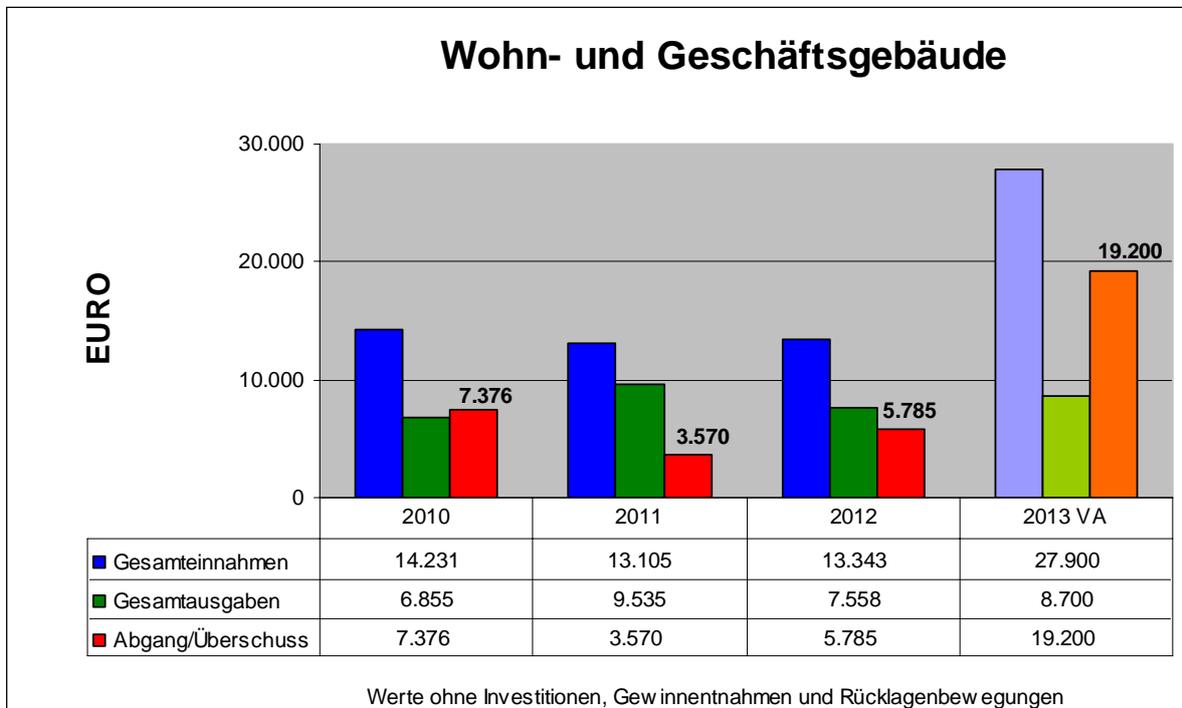
Als Repräsentationsausgaben sind jene Mittel anzusehen, die vom Bürgermeister für die Vertretung der Gemeinde nach außen bei Empfängen und ähnlichen Veranstaltungen mit vorwiegend kommunalpolitischer Bedeutung (zB. Feiern, Festlichkeiten, Begräbnisse, Staatsfeiertage, Gemeindejubiläen, usw.) verwendet werden können.

Der Bürgermeister schöpfte im Prüfungszeitraum den möglichen Rahmen nach den Bestimmungen der Oö. Gemeindehaushalts-, Kassen- und Rechnungsordnung (Oö. GemHKRO) bei den Verfügungsmitteln und Repräsentationsausgaben in den Jahren 2010 bis 2012 jeweils nicht aus.

Eine sparsame Ausgabenpolitik ist dem Bürgermeister in diesen Bereichen zu bestätigen.

Weitere wesentliche Feststellungen

Wohn- und Geschäftsgebäude



Die Gemeinde vermietet die im Amtsgebäude gelegene Wohnung mit einem Flächenausmaß von 80 m². Es wird ein monatlicher Mietzins von 260 Euro exklusive Umsatzsteuer verrechnet. Dies entspricht einem Mietzins von 3,25 Euro pro m². Die Betriebskosten werden anteilmäßig abgerechnet.

Im Erdgeschoss und Obergeschoss des Wohntraktes der Volksschule Mining wird je eine Wohnung mit einem Flächenausmaß von je 71,80 m² vermietet. Der Hauptmietzins beträgt je Wohnung 230,16 Euro inklusive Umsatzsteuer, hier werden die Betriebskosten ebenfalls anteilmäßig verrechnet. Der m²-Mietzins beträgt 2,92 Euro.

Die Gemeinde vermietet das Obergeschoß des Feuerwehrgebäudes (bestehend aus Musikprobenraum 104 m², kleiner Proberaum 29,5 m², Pausenraum mit Garderobe 27,5 m²) an eine Musikkapelle. Als Mietzins wird ein monatlicher Betrag von 44 Euro exklusive Umsatzsteuer entrichtet. Die Betriebskosten werden von der Musikkapelle selbst übernommen.

Die Wohnungen der Gemeinde waren zum Prüfungszeitpunkt vermietet bzw. die Nachmiete geregelt. Die Mieten sind indexgesichert. Ein Verwaltungskostenbeitrag wird verrechnet. Sanierungsmaßnahmen sind in nächster Zeit nicht geplant.

Die Gemeinde Mining verpachtet einem Tennisclub eine Grundfläche von 2.500 m². Auf dieser Grundfläche befinden sich 3 Tennisplätze und ein Klubheim. Der Tennisclub zahlt an die Gemeinde eine jährliche indexgesicherte Pacht von 400 Euro.

Von besonderer Bedeutung sind für die Gemeinde auch die umsatzsteuerrechtlichen Änderungen im Bezug auf Bestandobjekte. So ist es ab dem Jahr 2011 erforderlich, dass der eingehobene Mietzins eine 1,5 %ige Abschreibungskomponente abdeckt und auch der Verwaltungskostenbeitrag nach den Bestimmungen des Mietrechtsgesetzes vollständig

vorgeschrieben wird. Andernfalls verliert die Gemeinde die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug bei diesem Objekt.

Die Bestandverträge sind in diesem Sinne zu überprüfen und bei wirtschaftlicher Notwendigkeit allenfalls anzupassen.

Feuerwehrwesen

Im Gemeindegebiet besteht eine Freiwillige Feuerwehr, der 81 aktive Mitglieder angehören. Im Jahr 2012 hat die Freiwillige Feuerwehr Mining insgesamt 39 technische und 17 Brandeinsätze durchgeführt.

Die Freiwillige Feuerwehr ist mit ihrer Fahrzeugausstattung der Pflichtbereichsklasse 2 A der Oö. Brandbekämpfungsverordnung 1985 zugeordnet.

Der Pro-Kopf-Aufwand für die Freiwillige Feuerwehr beläuft sich während des Betrachtungszeitraumes 2010 bis 2012 auf durchschnittlich 16 Euro pro Einwohner. Im Jahr 2012 waren es sogar 20 Euro pro Einwohner und lag damit über dem Bezirksdurchschnitt von rund 15 Euro. Der Pro-Kopf-Aufwand kam daher zustande, da die Freiwillige Feuerwehr im Jahr 2012 das Feuerwehrgebäude in Eigenregie saniert hat und daher der Aufwand etwas höher ausgefallen ist.

Langfristig gesehen sollte keine Ausweitung des laufenden Feuerwehraufwandes mehr erfolgen.

Die Kostenvorschreibungen für Einsätze erfolgt durch die Gemeinde Mining.

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Die Gemeinde hat im Bereich der freiwilligen Ausgaben und Subventionen im Jahr 2012 insgesamt rund 12.700 Euro aufgewendet. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl (1.230 nach der Gemeinderatswahl 2009) der Gemeinde entsprach die Gesamtsumme der freiwilligen Ausgaben und Subventionen einem Betrag von rund 10 Euro pro Einwohner. In den Jahren 2011 und 2012 schöpfte die Gemeinde den möglichen Rahmen zu rund zwei Drittel aus und für den Voranschlag 2013 werden rund 73 % der freiwilligen Ausgaben ausgeschöpft. Die Förderungen der Gemeinde lagen somit im Prüfungszeitraum unter dem vom Land Oö. festgesetzten Limit von 15 Euro je Einwohner.

Die Gemeinde wird im Sinne einer verantwortungsvollen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Gebarungsführung auch weiterhin die Einhaltung der Fördergrenze im Auge behalten müssen.

Versicherungen

Die Zahlungen für die Versicherungsprämien⁶ zeigten in den letzten Jahren eine fast gleichbleibende Tendenz. Für Gebäude- und Personenversicherungen mussten im Jahr

⁶ Versicherungsprämien: 2010 – 11.429 Euro, 2011 – 11.261 Euro, 2012 – 11.244 Euro

2012 Versicherungsprämien von insgesamt rund 11.244 Euro bezahlt werden. Für das Jahr 2012 errechnete sich je Gemeindegewohner ein Aufwand in der Höhe von rund 9 Euro.

In den letzten Jahren kam es zu keiner Versicherungsüberprüfung durch einen unabhängigen staatlich geprüften Berater für das Versicherungswesen.

Um einen optimalen Versicherungsschutz zu bestmöglichen Konditionen zu erhalten, wird der Gemeinde empfohlen, ihr Versicherungspaket vor dem Abschluss neuer bzw. bereits bestehender Versicherungsverträge von einem unabhängigen Versicherungsfachmann hinsichtlich optimalem Versicherungsschutz und bester Prämienkonditionen überprüfen zu lassen. Dabei ist auch darauf zu achten, dass die nötigen Deckungen gegeben sind und womöglich bestehende Unter- oder Überversicherungen an die tatsächlichen Versicherungswerte angepasst werden.

Bauhof

Die Gemeinde beschäftigt einen Klärwärter und einen Bauhoffacharbeiter (vollbeschäftigt mit 40 Wochenstunden). Nach der letzten vorliegenden Jahresabrechnung für 2012 entfielen:

- rund 24 % für die Straßeninstandhaltung samt Winterdienst
- rund 23 % für das EU-Landesausstellungsprojekt 2012
- rund 6 % für die Instandhaltung von Maschinen und Geräten
- rund 8 % für Maßnahmen beim Freibad und der Kläranlage
- rund 4 % für Maßnahme der Ortsbildgestaltung
- rund 35 % auf diverse sonstige Tätigkeiten.

Der alte Bauhof im Ausmaß von 130 m² wird als Lagerfläche verwendet. Der neu erbaute Bauhof verfügt über eine Einstellhalle, in der sich ebenfalls Lagerflächen, eine Waschbox, ein Heizraum und das Hackgutlager befinden. Weiters gibt es beim Bauhof ein Mehrzweckgebäude in dem sich die Garage, Metallwerkstatt, Holzwerkstatt, Büro und Personalraum befinden. Insgesamt steht beim neuen Bauhof eine Nutzfläche von rund 470 m² zur Verfügung. Am Bauhofgebäude sind derzeit keine größeren Baumaßnahmen geplant.

Fahrzeugmäßig ist die Gemeinde bei rund 30 Straßenkilometern gut ausgestattet. Im Jahr 2012 kam es zu Ausgaben in der Höhe von rund 111.000 Euro, womit sich je Gemeindegewohner (Einwohner nach der Registerzählung 2010)⁷ ein Aufwand in der Höhe von rund 95 Euro errechnet. Damit liegt die Gemeinde in einem angemessenen Rahmen.

Es wird auch mit den Bauhöfen der Nachbargemeinden zusammengearbeitet. So wechseln sich Ering (Gemeinde in Bayern) und Mining beim Winterdienst auf der Innbrücke ab, das Kehrgerät wird an umliegende Gemeinden verliehen und der Salzsilo wird von fünf Nachbarbauhöfen genutzt.

⁷ Einwohner nach Registerzählung 2010: 1.167 Einwohner

Außerordentlicher Haushalt

Überblick über den außerordentlichen Haushalt des Finanzjahres 2012

Der außerordentliche Haushalt umfasst 12 Vorhaben und fünf Zwischenfinanzierungen und schließt bei einem Ausgabevolumen von rund 2.548.000 Euro ausgeglichen. Von den im außerordentlichen Haushalt des Jahres 2012 geführten Vorhaben wiesen vier Vorhaben ein positives, drei ein ausgeglichenes und fünf Vorhaben ein negatives Ergebnis aus.

Finanzbedarf außerordentlicher Haushalt / Stand Dezember 2011			
Vorhaben	Soll-Fehlbetrag	dzt. bedeckt durch	Fördermittel gesichert
Sanierung des Turnhallendaches	€ 28.500	Zwischenfinanzierung	€ 28.500
VS./TH. Sanierung Heizungsanlage	€ 92.573	Zwischenfinanzierung	€ 92.573
Schlösserweg-Begl.programm-Landesausstellung 2012	€ 262.680	Zwischenfinanzierung	€ 262.680
EU-Natur u. Kultur am Europareservat Unterer Inn	€ 288.027	Zwischenfinanzierung	€ 288.027
ABA-BA 06/Ringstraße Mamling	€ 41.000	Zwischenfinanzierung	€ 41.000
GESAMT	€ 712.780		€ 712.780
Finanzbedarf - unbedeckt			€ -

In den letzten drei Jahren bildete die Errichtung des Bauhofes durch die Kommanditgesellschaft den Schwerpunkt im außerordentlichen Haushalt. Sie ist für rund 22 % des gesamten Ausgabevolumens von rund 818.000 Euro verantwortlich. Weitere große Vorhaben waren in den letzten Jahren das Schlösserwegbegleitprogramm für die Landesausstellung 2012 und das EU-Natur und Kulturprojekt am Europareservat Unterer Inn. Ein weiteres Projekt war die Gemeindestraßenbeleuchtung und im Jahr 2012 wurde das Dach der Turnhalle saniert.

Die Überprüfung der nachstehenden Bauvorhaben beschränkte sich auf deren Kostenentwicklung und Finanzierung.

Dachsanierung bei der Turnhalle der Volksschule Mining

Das Dach der Turnhalle und des Turnhallenanbaues, das aus dem Jahr 1978 stammte, war in äußerst schlechtem Zustand und es drohte die Durchnässung des Daches. Von der Gemeinde wurde eine Sanierung des Daches mit einem Kaltdachunterbau im Jahr 2012 vorgenommen.

Ein genehmigter und beschlossener Finanzierungsplan lag dem Vorhaben zugrunde. Der genehmigte Finanzierungsplan lautete auf eine Baukostensumme von 85.400 Euro. Die Gesamtkosten der Dachsanierung bei der Turnhalle betragen laut Endabrechnung rund 85.400 Euro. Laut Finanzierungsplan wird das Vorhaben durch 28.400 Euro an Rücklagen der Gemeinde, 28.500 Euro Landeszuschüsse und 28.500 Euro Bedarfszuweisungsmittel finanziert. Für das Jahr 2014 sind noch 28.500 Euro Bedarfszuweisungsmittel ausständig, die derzeit durch Zwischenfinanzierungen finanziert werden.

Bei der Ausschreibung, Abwicklung und Aktenführung des Vorhabens konnten keine Mängel festgestellt werden.

Sanierung und Erneuerung von Gemeindestraßen und Straßenbeleuchtung 2011 - 2015

Die Straßenbeleuchtung stammte aus den 70er Jahren und die Betonmasten waren aufgrund der fortgeschrittenen Erosion nicht mehr zu sanieren, auch die Kandelaber aus Metall drohten durchzurosten. Es sollten daher die Laternen im Ortszentrum und entlang der Bahnhofstraße erneuert werden. Wegen der Landesausstellung 2012 war es notwendig im Bereich Frauenstein und Mamling eine Beleuchtung zu errichten. Auch in der Gundhollingerstraße, in Amberg und beim Freibad Gundholling wurden Straßenbeleuchtungen errichtet.

Der beschlossene und genehmigte Finanzierungsplan lautete auf eine Baukostensumme von 180.000 Euro. Dieser soll durch 20.000 Euro an Rücklagen der Gemeinde und 160.000 Euro an Bedarfszuweisungsmitteln finanziert werden. Im Jahr 2011 kam es zu einer Änderung des Finanzierungsplanes da das Vorhaben auf die Sanierung und Errichtung von Gemeindestraßen erweitert wurde. Die neue Baukostensumme lautet daher auf 350.000 Euro und soll durch 20.000 Euro an Rücklagen, 25.000 Euro Anteilsbeträge des ordentlichen Haushaltes, 115.000 Euro Landeszuschüsse Straßenbau und 190.000 Euro Bedarfszuweisungsmittel finanziert werden.

Beim gegenständlichen Vorhaben wurden bis zum Jahr 2012 rund 129.000 Euro verbaut. Bei den Baumaßnahmen handelte es sich um die Straßenbeleuchtungsanlage Frauenstein, die Beleuchtung im Ortskern, um einen Unterbau für eine Straße, um Asphaltierungsarbeiten und die Sanierung der Bahnstraße.

Die Kosten wurden durch Anteilsbeiträge, Rücklagen, Landeszuschüsse des Straßenbaus und Bedarfszuweisungsmittel finanziert.

Die Verkehrsflächenbeiträge und die Aufschließungsbeiträge werden vorgeschrieben und dem laufenden Straßenbauprogramm zugeführt. Bei der Ausschreibung, Abwicklung und Aktenführung des Vorhabens konnten keine Mängel festgestellt werden.

Schlösserwegbegleitprogramm für die Landesausstellung 2012

Im Rahmen des Vorhabens "Begleitprogramm zur Landesausstellung 2012 – Schlösserweg" war es erforderlich, die Sunzinger und Frauensteiner Gemeindestraße zu sanieren. Diese beiden Straßenzüge sind gleichzeitig Teil der überregionalen Radwege "Römerradweg" und "Naturerlebnisweg Unterer Inn". Die Kosten waren im Projekt enthalten. Die Durchführungsarbeiten wurden an die Bestbieter vergeben.

Weiters wurden im Zuge des Projektes die Schlösser Mamling, Frauenstein und Sunzing für nachhaltige Ausstellungen und Veranstaltungen saniert.

Der beschlossene und genehmigte Finanzierungsplan lautete auf eine Gesamtsumme von 1.680.000 Euro. Diese soll durch 30.000 Euro Rücklagen und 138.000 Euro Eigenleistungen der Gemeinde, 250.000 Euro EU-Mittel, 350.000 Euro Landeszuschuss-Kultur, 250.000 Euro Landeszuschuss-Tourismus, 250.000 Euro Landeszuschuss-Straßenbau, 62.000 Euro Bundeszuschuss des Bundesdenkmalamtes und 350.000 Euro an Bedarfszuweisungsmitteln finanziert werden.

Als Förderwerberin für die Lukrierung der Landesmittel trat die Gemeinde Mining auf. Die Gemeinde Mining hat mit den Besitzern des Schlosses Mamling und mit einem Verein Förderverträge abgeschlossen. Die Rechnungslegung erfolgte daher an drei verschiedenen Adressaten (Gemeinde Mining, Besitzer des Schlosses Mamling und der Verein). Die Besitzer des Schlosses Mamling sanierten den Bereich des Schlosses Mamling in Eigeninitiative, machten die Ausschreibungen und Vergaben an die Bestbieter und rechneten nach Überprüfung der Rechnungen mit ihren Lieferanten ab. Der Verein führte die Sanierungen und Zubauten insbesondere beim Salzstadl des Schlosses Frauenstein auf

eigene Rechnung und Initiative – unter Mitarbeit der Vereinsmitglieder – durch. Für die weitere Gestaltung des übrigen Begleitprogramms zur Landesausstellung 2012 sowie des EU-Projektes war die Gemeinde Mining zuständig.

EU-Natur und Kulturprojekt am Europareservat Unterer Inn

Beim Projekt "Natur und Kultur am Europareservat Unterer Inn" handelt es sich um Aktivitäten in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Ering (Bayern) im Zuge des "Begleitprogramms zur Landesausstellung 2012". Dabei handelt es sich um folgende Aktivitäten: Beschilderung Schlösserweg, eine Rundbank und weitere Bänke sowie Abfallbehälter entlang des Schlösserweges in der Gemeinde Ering und eine Ausstellung mit dem Thema "Natur und Kultur am Europareservat Unterer Inn" im Infozentrum Ering.

Laut EFRE-Fördervertrag, der auch vom Amt der Oö. Landesregierung genehmigt wurde, sollen sich die Kosten auf 658.800 Euro für die Gemeinde Mining belaufen. Die Finanzierung erfolgt durch Eigenmittel von 138.170 Euro, Nationale öffentliche Mittel von 100.000 Euro, EFRE-Mittel von 395.280 Euro und projektbezogene Einnahmen von 25.350 Euro.

An die Gemeinde sind bereits Fördermittel in der Höhe von rund 347.000 Euro (EFRE-Mittel) und rund 84.000 Euro (Nationale öffentl. Mittel) ausbezahlt worden. Laut Amtsleiter werden die noch offenen insgesamt rund 64.000 Euro nach Vorlage der Endabrechnung ausbezahlt. Die Endabrechnung sollte noch im Jahr 2013 vorgelegt werden können, sobald die Unterlagen mit einer Prüfbestätigung von der Koordinierungsstelle für die EU-Regionalpolitik bei der Gemeinde eingelangt sind. Bis zum Jahr 2012 wurden insgesamt rund 720.000 Euro verbaut. Laut Auskunft des Amtsleiters sollen die Kosten, die über dem genehmigten Finanzierungsplan liegen durch Eigenmittel und Bedarfszuweisungsmittel aus dem Vorhaben "Schlösserweg" finanziert werden.

Schlussbemerkung

Die Gemeinde Mining ist eine der Gemeinden im Bezirk, welche den ordentlichen Haushalt in den letzten Jahren ausgleichen kann.

Dies ist auf ein gutes Steueraufkommen einerseits, aber auch auf eine sparsame Personalbesetzung in der Gemeindeverwaltung zurückzuführen.

Den Bediensteten in der Gemeindeverwaltung ist eine engagierte und genaue Verwaltungsführung zu bescheinigen. Bezogen auf das Prüfungsintervall von mehr als sechs Jahren seit der letzten Gebarungseinschau ist die Anzahl der Prüfungsfeststellungen als verhältnismäßig gering zu bezeichnen. Der Verwaltung ist daher ein insgesamt positives Zeugnis auszustellen.

Für das angenehme Prüfungsklima und die sachliche Zusammenarbeit bedanken wir uns auf diesem Wege ganz besonders beim Bürgermeister, dem Amtsleiter und den Bediensteten der Verwaltung.

Das Ergebnis der Prüfung wurde dem Bürgermeister und dem Amtsleiter in der Schlussbesprechung am 11. November 2013 zur Kenntnis gebracht.

Braunau am Inn, am 19. November 2013

Der Bezirkshauptmann

Mag. Dr. Wojak